

berücksichtigt werden. Dadurch ist ein kontinuierlicher Zubau gewährleistet.

3. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe sind im Jahr 2014 Kriegswaffen aus Deutschland ausgeführt worden, und welchen wertmäßigen Anteil hatten daran Bundeswehrausfuhren (bitte unter zusätzlicher jeweiliger Angabe des Gesamtwertes für die Gruppe der EU-, NATO- und NATO-gleichgestellten Staaten, der Drittstaaten sowie der Entwicklungsländer) (sofern eine endgültige Auswertung noch nicht erfolgt ist: bitte Angabe der vorläufigen Zahlen)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Brigitte Zypries vom 3. Februar 2015

Das Statistische Bundesamt wertet die Meldungen der Unternehmen über tatsächliche Kriegswaffenausfuhren noch aus. Auch das Gesamtvolumen ist noch nicht vollständig ermittelt. Voraussichtlich sind nach vorläufigen Berechnungen im Jahr 2014 aus Deutschland Kriegswaffen in Höhe von 1,8 Mrd. Euro ausgeführt worden. Der Wert schließt die Lieferung eines U-Bootes nach Israel im Wert von ca. 600 Mio. Euro ein. Eine Auswertung des wertmäßigen Anteils der Bundeswehrausfuhren sowie eine Auswertung der Aufgliederung des Ergebnisses nach Ländergruppen liegen noch nicht vor.

4. Abgeordnete
Corinna Rütter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schritte unternimmt die Bundesregierung in den Verhandlungen zum TTIP (Transatlantisches Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA), damit Dienstleistungen von freien Trägern im Bereich der sozialen Dienste und hier insbesondere auch der Behindertenhilfe von den Verhandlungen zum TTIP ausgenommen werden, und welche Ergebnisse wurden hierzu schon erzielt?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Brigitte Zypries vom 5. Februar 2015

Die Bundesregierung setzt sich im Rahmen vom TTIP dafür ein, dass das Abkommen die Rahmenbedingungen für die Erbringung sozialer Dienste in Deutschland nicht beeinträchtigt. Dazu gehört, im TTIP keine neuen Marktzugangspflichten für den Bereich der sozialen Dienste in Deutschland einzugehen, wie dies auch im CETA (Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada) festgelegt ist. Verhandlungsergebnisse zu diesem Bereich liegen noch nicht vor.